

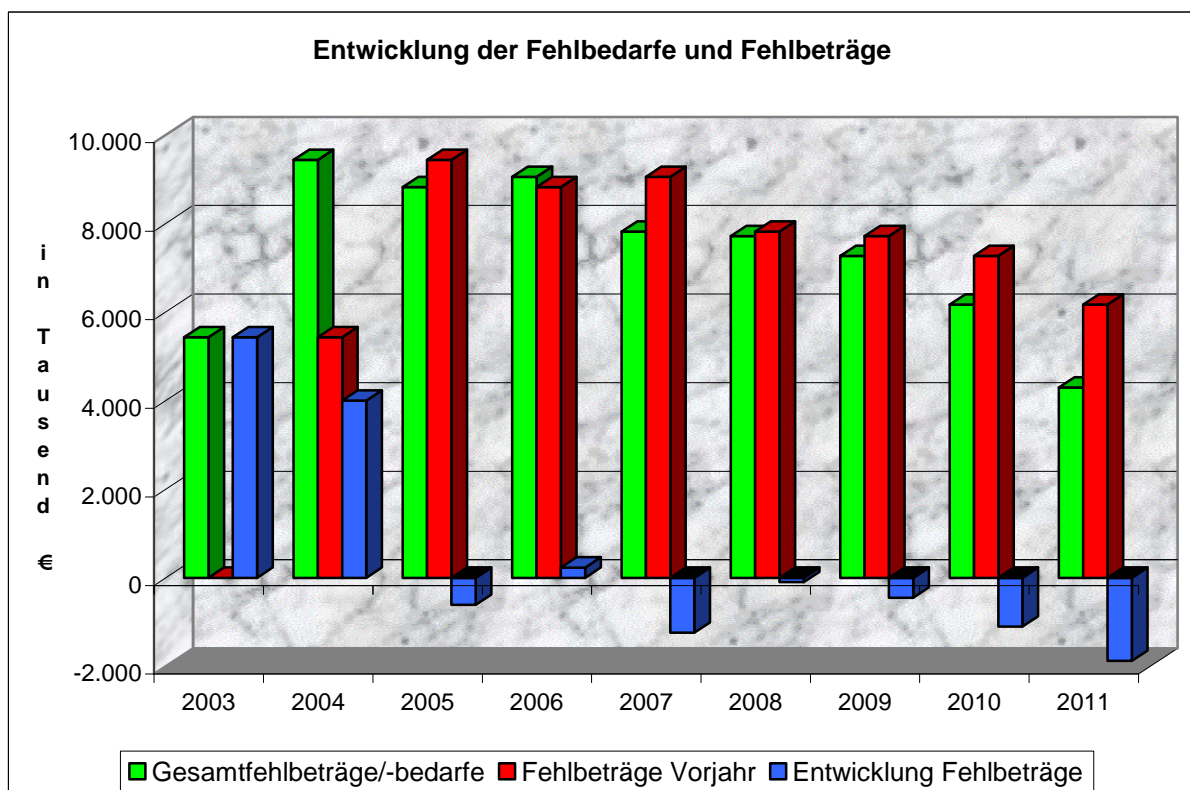
Vorbericht zum Haushaltsplan 2008

A: Einleitung

Von 1994 bis 2001 wiesen die städtischen Haushalte Fehlbedarfe aus und die Jahresrechnungen schlossen mit Fehlbeträgen ab. Auf Grund von einmaligen Gewerbesteuernachzahlungen war der Jahresabschluss 2002 einschließlich der vollständigen Abwicklung aller Fehlbeträge aus Vorjahren ausgeglichen.

Insbesondere die mit den Nachzahlungen verbundenen erheblichen gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen aus Gewerbesteuer-, Ausgleichs- und Kreisumlage, der ebenfalls auf die einmaligen Einnahmen zurückzuführende Ausfall von Landeszuweisungen, zusätzliche Belastungen durch Steueränderungsgesetze und sonstige Belastungen durch die Finanznot von Bund, Land und Landkreis führten dazu, dass die Haushalte bereits von 2003 an wieder defizitär waren.

Von 5.432.305,96 € in 2003 stiegen die Fehlbeträge bis 2006 auf 9.053.072,55 €. 2007 gingen sie auf 7.815.231,78 €, obwohl die Stadt den regelmäßigen Aufforderungen der Kommunalaufsicht nach einer Erhöhung der Steuererhöhungen nicht folgte. Gemäß den Orientierungsdaten des Landes werden sich die Fehlbeträge bis 2011 auf unter 4.300.000 € (s. folgendes Schaubild) verringern. Nach Einschätzung von Rat und Verwaltung ist diese Entwicklung nicht nur auf die gesamtwirtschaftliche Erholung in Deutschland zurückzuführen, sondern zu einem nicht unerheblichen Teil das Ergebnis der erfolgreichen Ansiedlungspolitik und einer sparsamen Haushaltsführung.



Weitere Verbesserungen der finanziellen Situation werden zudem aus der

Sozialoffensive 2008

erhofft.

Durch ein Bündel von Maßnahmen soll Soltau künftig auch als Wohnstandort an Attraktivität gewinnen. Neben finanziellen Entlastungen von Familien mit Kindern sind u.a. Erweiterungen der Angebote der Tageseinrichtungen oder zusätzliche Hilfen für Jugendliche vorgesehen. Dadurch werden die sogenannten weichen Standortfaktoren nicht nur erhalten, sondern ausgebaut. Daher wird auch weiterhin daran festgehalten, die bestehenden Strukturen nicht durch kurzfristige Sparmaßnahmen nachhaltig zu zerstören.

B: Rückblick auf das Jahr 2007

Der **Verwaltungshaushalt** 2007 sah

Einnahmen von	26.914.800,00 €
und Ausgaben von	36.303.300,00 €
vor, schloss also mit einem Fehlbedarf von	9.388.500,00 €.

Darin enthalten war der buchmäßige Ausgleich der Fehlbeträge aus Vorjahren mit	9.053,100,00 €
so dass ein struktureller Fehlbedarf von erwartet worden war.	335.400,00 €

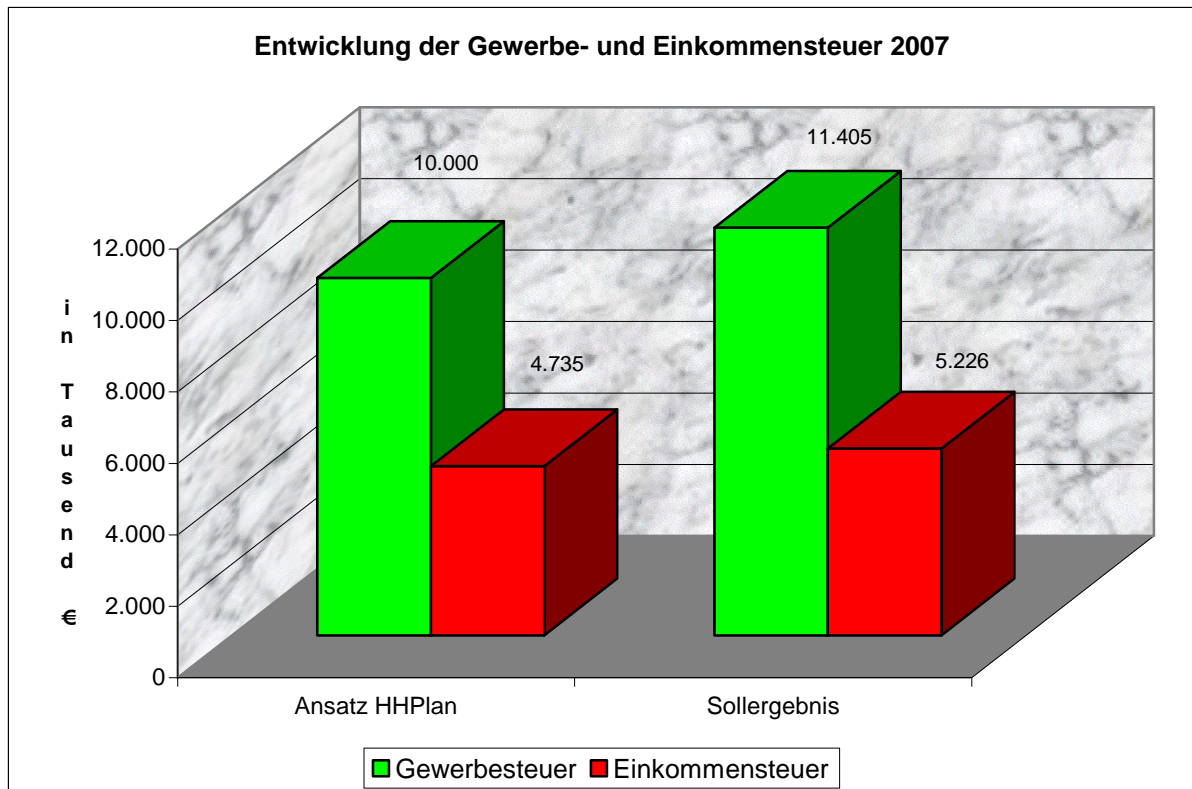
Nach der Jahresrechnung 2007 ergibt sich ein Fehlbetrag von	7.815.231,78 €.
---	-----------------

Gegenüber dem Haushaltsplan ist das eine Verbesserung von und damit anstatt eines strukturellen Fehlbetrages ein Abbau der seit 2003 entstandenen Fehlbeträge um	1.573.268,22 € 1.237.868,22 €.
--	-----------------------------------

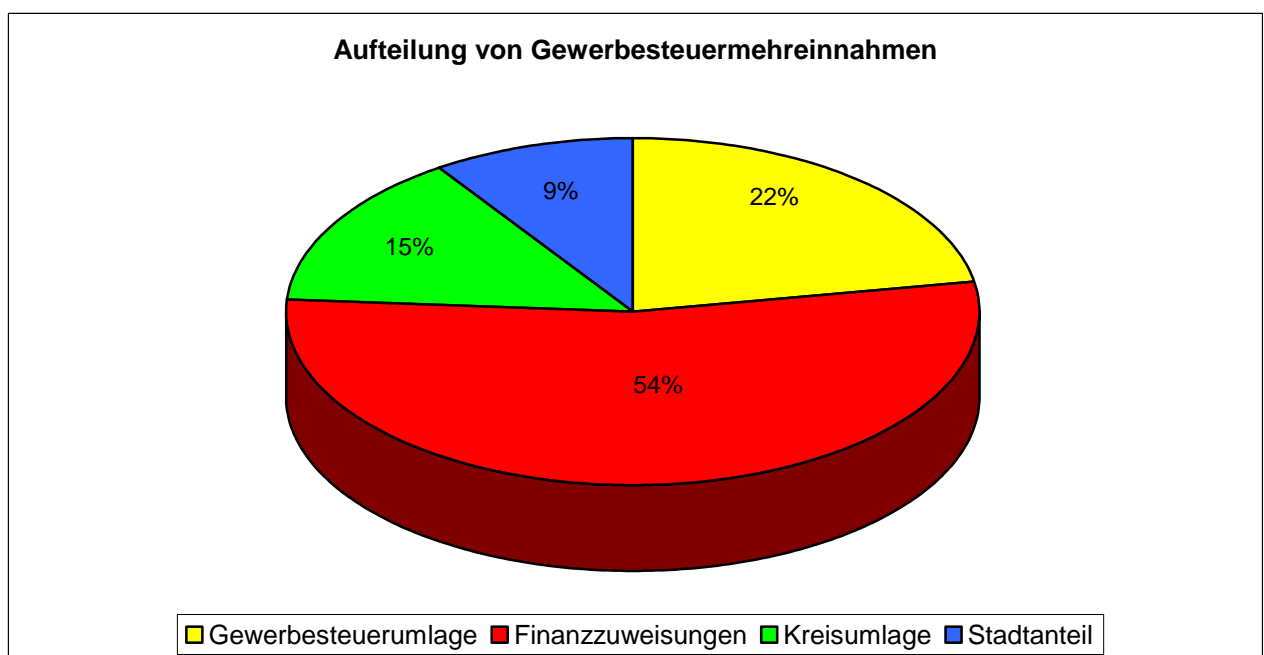
Zu dieser Verbesserung – die sich natürlich aus vielen kleineren und / oder größeren Einnahme- und Ausgabepositionen zusammensetzt – kam es im wesentlichen durch höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer und der Beteiligung an der Einkommensteuer.

Die gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen sind um die erhöhten Ausgaben an Gewerbesteuerumlage zu bereinigen, so dass „netto“ Mehreinnahmen von rd.	1.100.000,00 €
verbleiben.	

Hinzu kommen die gestiegenen Einnahmen aus der Beteiligung an der Einkommensteuer mit rd.	490.000,00 €.
--	---------------



So positiv sich diese Verbesserungen auf das Haushaltsjahr 2007 auswirkten, so belastende Folgen haben sie für das Haushaltsjahr 2008, denn weder die Einnahmen aus der Gewerbesteuer noch die anteiligen Einnahmen aus der Einkommenssteuer bleiben in voller Höhe zur Deckung städtischer Ausgaben verfügbar. Auf Grund der vom Bundes- und Landesgesetzgeber vorgegebenen Berechnungsgrundlagen verbleiben von den vorstehend genannten Mehreinnahmen (bezogen auf die Berechnungsgrundlagen für 2007) folgende Anteile:



Um mehr als die Hälfte der erhöhten Gewerbesteuereinnahmen 2007 verringern sich die Finanzausweisungen des Landes 2008. Gleiches gilt auch für die Einnahmen aus der Einkommensteuer. Da beim Einkommensteueranteil keine Umlagebeteiligung von Bund und Land erfolgt, verbleibt ein um rd. 4 % höherer städtischer Anteil.



Da allerdings davon auszugehen ist, dass auch andere Kommunen 2007 höhere Einnahmen erzielt haben, könnte sich die genannte Verteilung teilweise relativieren. Gleichwohl haben die Verbesserungen erhebliche Belastungen bei Zuweisungen und Umlagen zur Folge, wie die Ausführungen beim Ausblick auf das Haushaltsjahr 2008 noch verdeutlichen werden.

Der **Vermögenshaushalt** 2007 sah Einnahmen und Ausgaben von jeweils 2.740.200 € vor.

Die Ausgaben sollten für den Erwerb von Vermögen mit 1.246.600 €, Baumaßnahmen mit 1.283.800 €, die Tilgung von Krediten mit 132.500 € und Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen mit 77.300 € verwendet werden.

Unter Berücksichtigung der Haushaltseinnahme- und -ausgabereise schloss die Jahresrechnung 2007 mit rd. 2.181.700 € in Einnahmen und Ausgaben ab und blieb damit um rd. 560.000 € unter den Ansätzen.

Zu den geringeren Ausgaben kam es insbesondere, weil Maßnahmen – nicht wie geplant – verwirklicht und zum Teil erheblich günstiger durchgeführt werden konnten, so dass die Streichung übertragener Haushaltsausgaberreste zu einer Verringerung der Ausgabemittel führte.

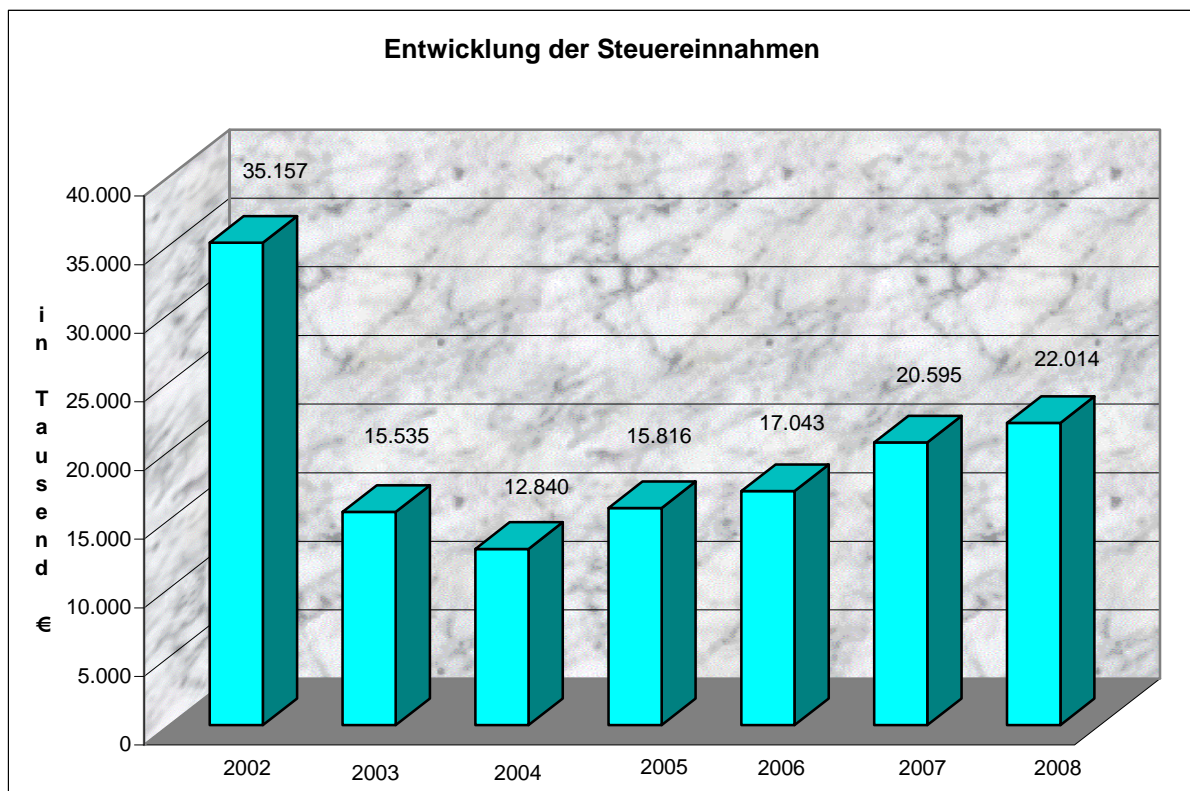
Der 1. Nachtragshaushaltsplan 2007 setzte für die Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Soltau Ost III Verpflichtungsermächtigungen von über 6.500.000 € fest. Die Mittel für diese Erweiterung sind in diesem Haushaltsplan enthalten.

C: Ausblick auf das Haushaltsjahr 2008

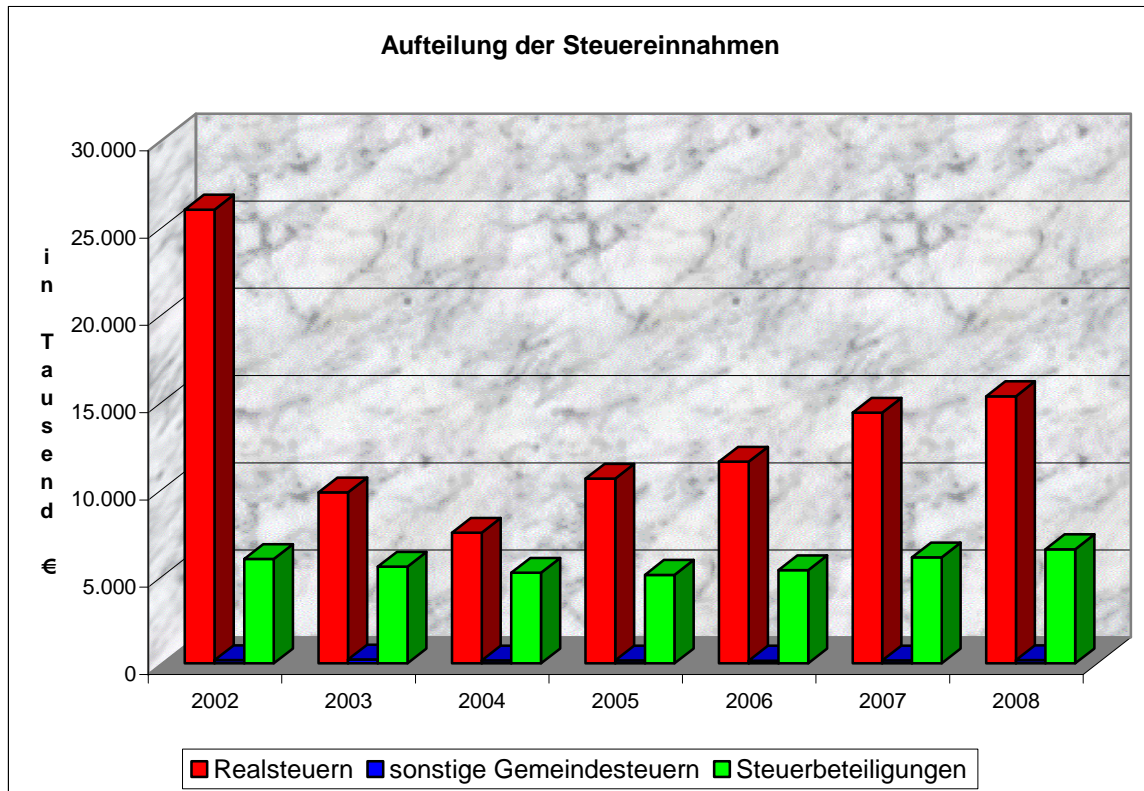
I. Verwaltungshaushalt

Der Verwaltungshaushalt 2008 enthält Ausgaben von	37.056.400 €
und Einnahmen von	29.343.000 €,
schließt also mit einem Fehlbedarf von	7.713.400 €,
In diesem Fehlbedarf ist der Ausgleich der Fehlbeträge aus Vorjahren mit	7.815.300 €
enthalten, so dass das Jahr 2008 – für sich allein betrachtet – mit einem strukturellen Überschuss von	101.900 €
abschließt.	

Diesem positiven Abschluss der Haushaltsplanung liegt die Erwartung zugrunde, dass die Einnahmen – insbesondere der Steuern und Steuerbeteiligungen – nochmals deutlich ansteigen.



Von 2003 bis 2008 – die Einnahmen in den Jahren 2002 und 2004 bleiben wegen der einmaligen besonderen Gewerbesteuerzahlungen und damit zusammenhängender Erstattungen unberücksichtigt – werden die Steuereinnahmen voraussichtlich um über 40 % steigen.

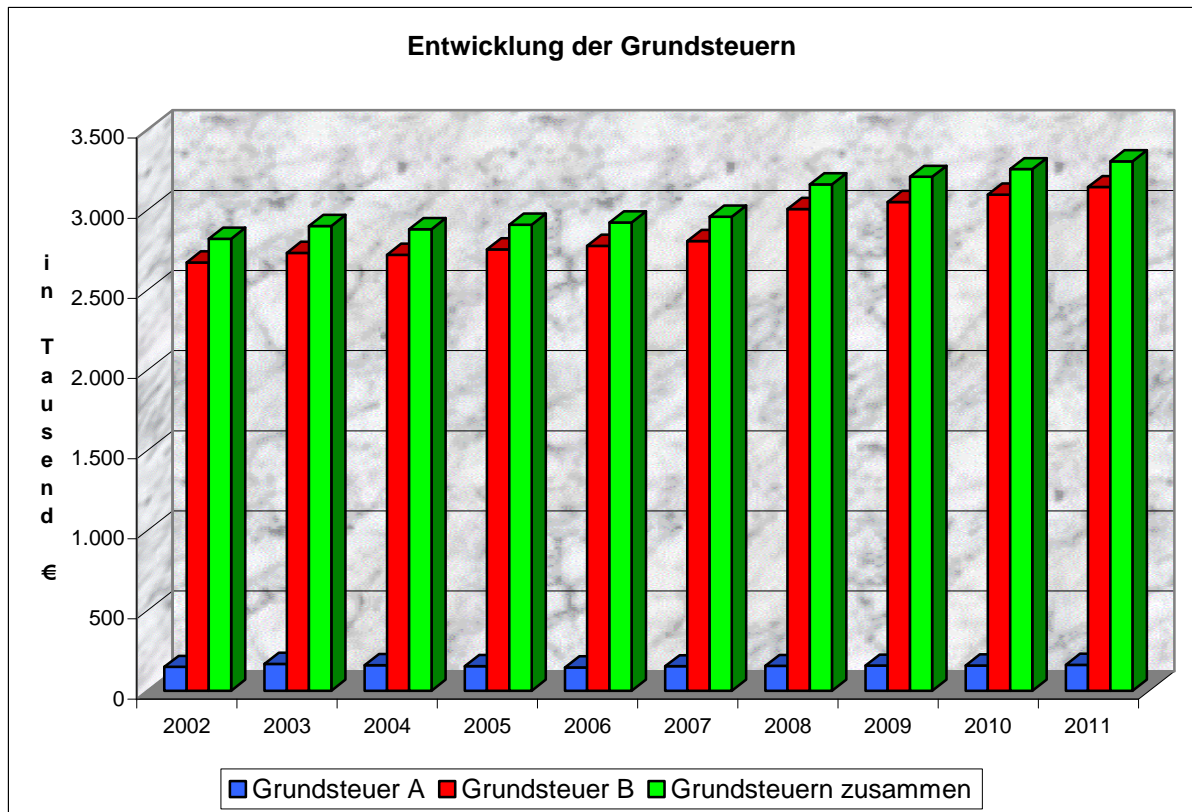


Während bei den Steuerbeteiligungen bis 2005 eine sinkende Entwicklung ablesbar ist, die sich von 2006 an in eine leicht steigende gewandelt hat, erhöhten sich die Einnahmen aus Realsteuern von 2003 an kontinuierlich. Nach den an die Steuerschätzungen von 2007 anknüpfenden Orientierungsdaten des Niedersächsischen Innenministeriums wird diese Tendenz auch für den Finanzplanungszeitraum weiterhin erwartet.

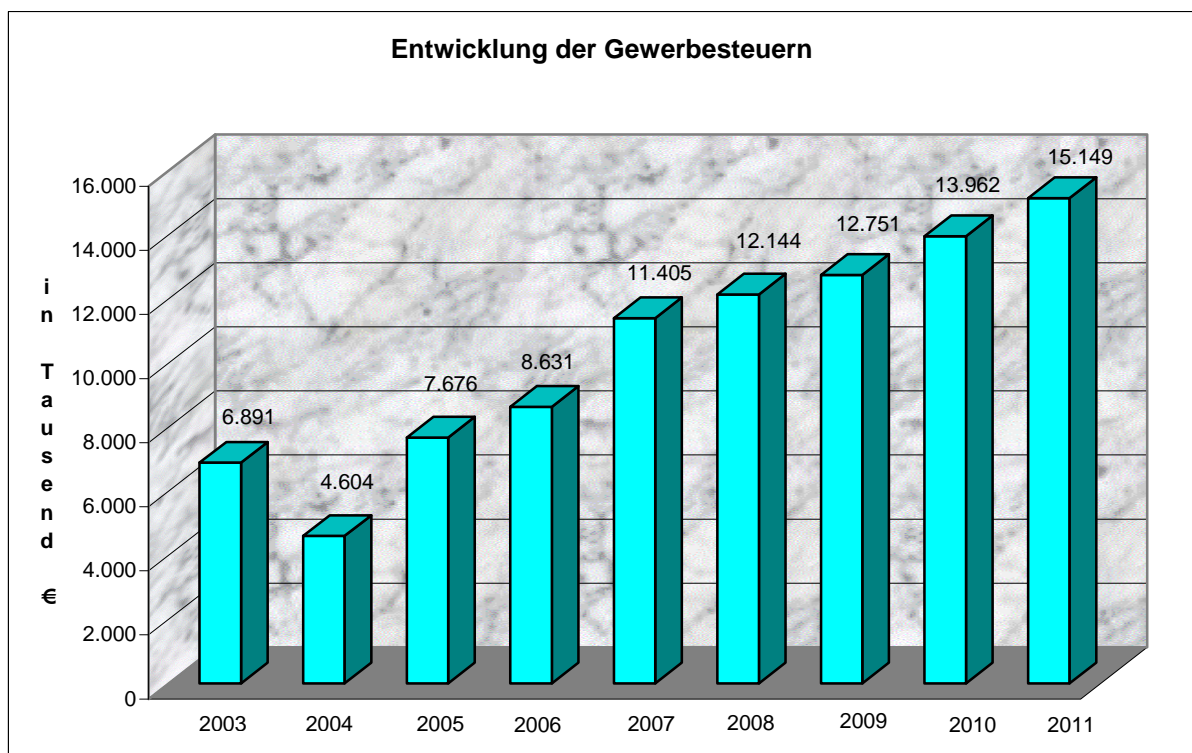
Für die **Grundsteuer A und B** werden Steigerungen von jährlich 1,5 % prognostiziert. Während bei der Grundsteuer A diese Steigerungsraten realistisch sein dürften, sollten die Einnahmen bei der Grundsteuer B höher ausfallen. Diese Erwartungen beruhen auf den örtlichen Verhältnissen. In den letzten Jahren wurden einige Gewerbe- und Industriegebiete neu geschaffen und die Grundstücke zum Teil bereits entsprechend bebaut. Der Grund für die gestiegenen Investitionen war der wirtschaftliche Aufschwung, der nach den Publikationen der letzten Zeit noch weiter andauern könnte.

Wegen der geänderten Nutzungen werden die Einnahmen aus der Grundsteuer B in diesem Jahr abweichend von den Empfehlungen der Orientierungsdaten mit rd. 7 % (gegenüber 1,1 %) veranschlagt.

In den Folgejahren werden zwar ebenfalls abweichend höhere Einnahmen erwartet, da diese jedoch nicht genügend gesichert sind, wurden zunächst die empfohlenen Veränderungen für den Finanzplan berücksichtigt.



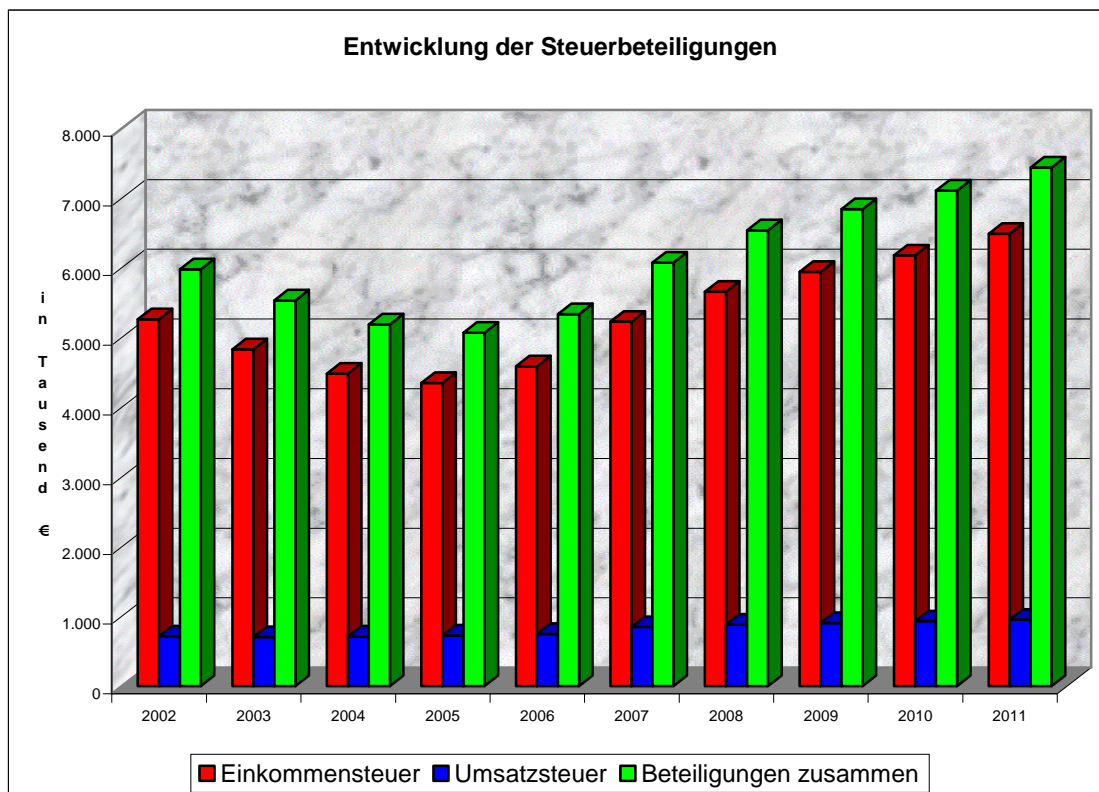
Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung mit dem auf die niedersächsischen Kommunen entfallenden Anteil sowie unter Einbeziehung der finanziellen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform wird allgemein ein Rückgang bei der **Gewerbesteuer** von brutto 5,2 % erwartet. Allerdings wird im Erlass des Ministeriums ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich um Durchschnittswerte handelt.



Da die steuerlichen Auswirkungen des Wirtschaftswachstums der letzten Jahre – insbesondere bei steuerstarken Betrieben – und der Ansiedlungen der letzten Jahre noch ausstehen, wird entgegen den Prognosen der Orientierungsdaten von Steuermehreinnahmen in Höhe von rd. 6,35 % ausgegangen. Darauf baut dann die Finanzplanung bis 2011 auf, die nicht von den Empfehlungen abweicht. Sollte die prognostizierte Entwicklung eintreten, werden sich die Gewerbesteuererinnahmen von 2003 bis 2010 mehr als verdoppelt haben. Diese überdurchschnittliche Entwicklung ist wesentlich auf die örtlichen Aktivitäten zurückzuführen.

Nach der Gewerbesteuer ist die Beteiligung an der **Einkommensteuer** die zweitbedeutsamste Steuereinnahmequelle einer Kommune. Die Berechnung knüpft auf zweierlei Weise am Einwohner als Bedarfskriterium an. Zum einen wird die Einwohnerzahl berücksichtigt, zum anderen spielt die Höhe des erzielten Einkommen eine wesentliche Rolle.

Mit der bereits angesprochenen Sozialoffensive 2008 soll erreicht werden, dass Soltau nicht nur als Arbeitsort sondern auch als Wohnort gewählt wird. D. h., die in Soltau arbeiten Personen sollen mit ihren Familien auch in Soltau leben. Wenn die vorgesehenen Bemühungen erfolgreich sind, wovon ausgegangen wird, steigen die Einnahmen aus den Steuerbeteiligungen über die prognostizierten Werte hinaus. Aus der Sozialoffensive erhoffte zusätzliche Einnahmen sind in der Finanzplanung jedoch nicht berücksichtigt.



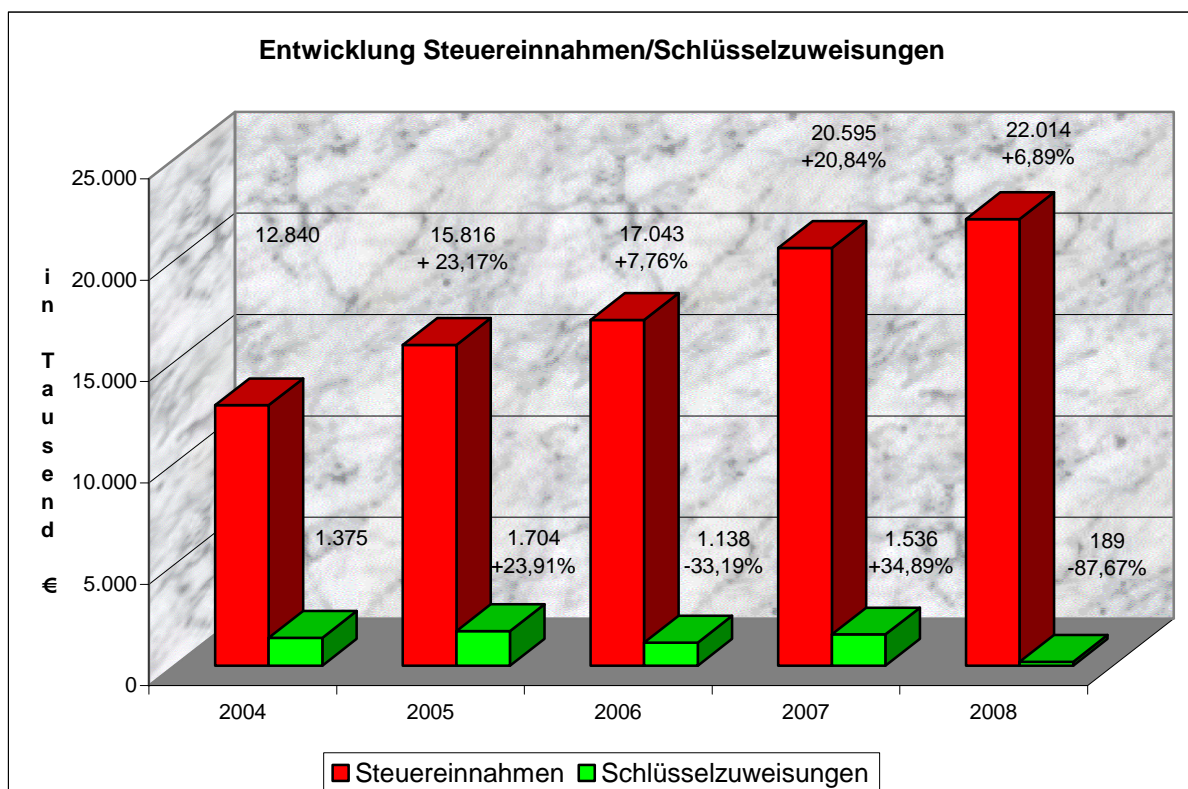
Der Gemeindeanteil an der **Umsatzsteuer** hat als wesentliche Berechnungsgrundlage ebenfalls die Einwohnerzahl. Auch wenn die Einnahmen hier deutlich niedriger als bei der Einkommensteuer sind, werden sie durch zusätzliche Einwohner verbessert. Der Finanzplan berücksichtigt – wie auch beim Einkommensteueranteil – lediglich die Erwartungen der Orientierungsdaten.

Jede Erhöhung der Einwohnerzahl verbessert somit die städtische Finanzsituation.

Anders als bei den Steuerbeteiligungen lassen sich die Auswirkungen steigender Einwohnerzahlen bei den **Schlüsselzuweisungen** zumindest tendenziell berechnen. Bereits eine Erhöhung der Einwohnerzahl um 200 hätte – bezogen auf die Festsetzung 2007 – Mehreinnahmen von rd. 120.000 € zur Folge.

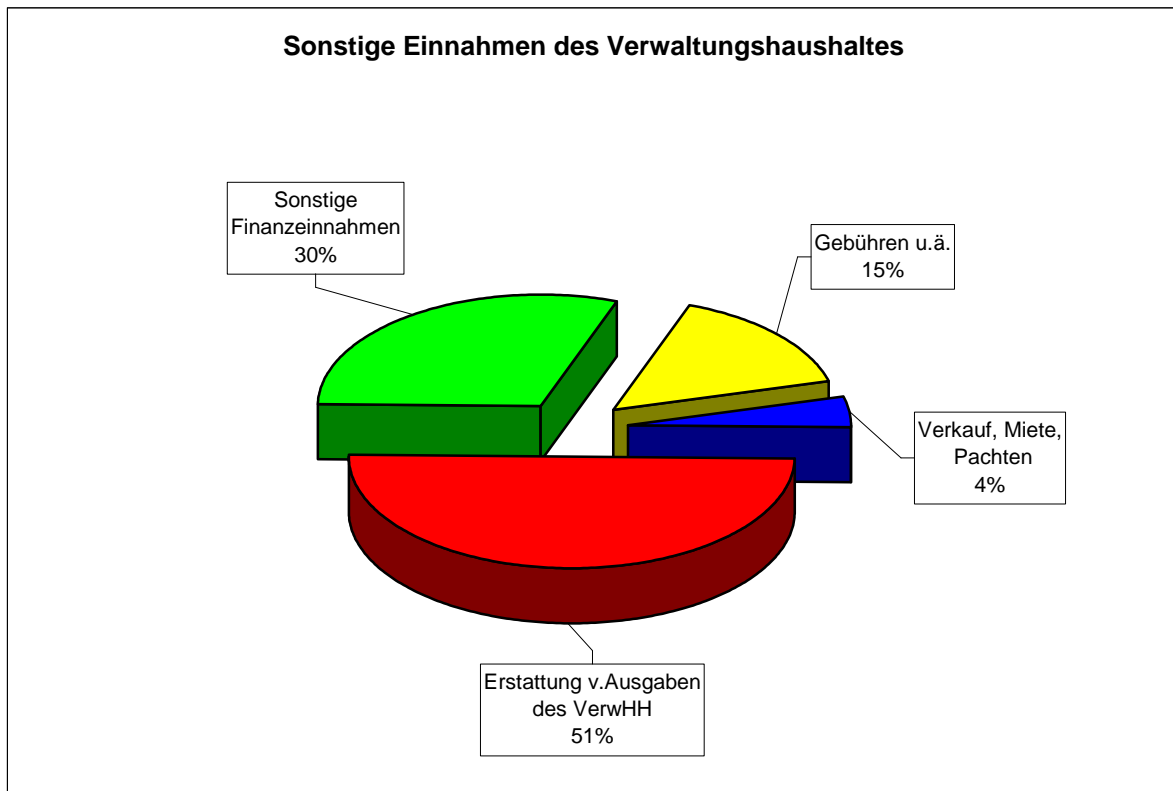
Durch zusätzliche Einwohner könnte somit wenigstens zu einem gewissen Teil der Verlust ausgeglichen werden, der auf Grund von steigenden Steuereinnahmen und sich jährlich ändernder durchschnittlicher Hebesätze bei den Realsteuern entstehen. Allein die Änderungen der durchschnittlichen Hebesätze bewirken – ebenfalls gem. Festsetzung 2007 – in 2008 Mindereinnahmen von fast 140.000 €.

Obwohl die gesamten Steuereinnahmen des letzten Jahres sich lediglich um nicht einmal 7 % erhöhten, sinken die Schlüsselzuweisungen um fast 90 %. Das kann nicht richtig sein. Diese Einschätzung ändert auch nicht, dass sinkende Steuereinnahmen zu steigenden Zuweisungen führen. Vielmehr machen die zum Teil extremen Abweichungen zur einen wie zur anderen Seite eine kontinuierliche Finanzplanung nahezu unmöglich. Das Land sollte daher das Zuweisungssystem insgesamt auf den Prüfstand stellen. Eine neue Verteilungsregelung sollte gleichzeitig örtliche Aktivitäten und Investitionen angemessen berücksichtigen und damit Anreize für verstärktes Handeln in den Kommunen schaffen.



Die Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen machen fast 77 % der gesamten Einnahmen des Verwaltungshaushaltes aus. Die **übrigen Einnahmen** weichen nur so geringfügig von denen des Vorjahres ab, dass es keiner besonderen Erläuterungen bedarf.

Sie verteilen sich wie folgt:



Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes steigen im Vergleich zum Haushaltsplan des Vorjahres um rd. 750.000 € oder 2 %. Den Steigerungen bei der

Hauptgruppe 4 – Personalkosten – von	rd.	320.000 €
Hauptgruppe 5/6 – sächliche Verw.- u. Betriebsausgaben – von	rd.	470.000 €
und Hauptgruppe 7 – Zuweisungen und Zuschüsse – von	rd.	260.000 €

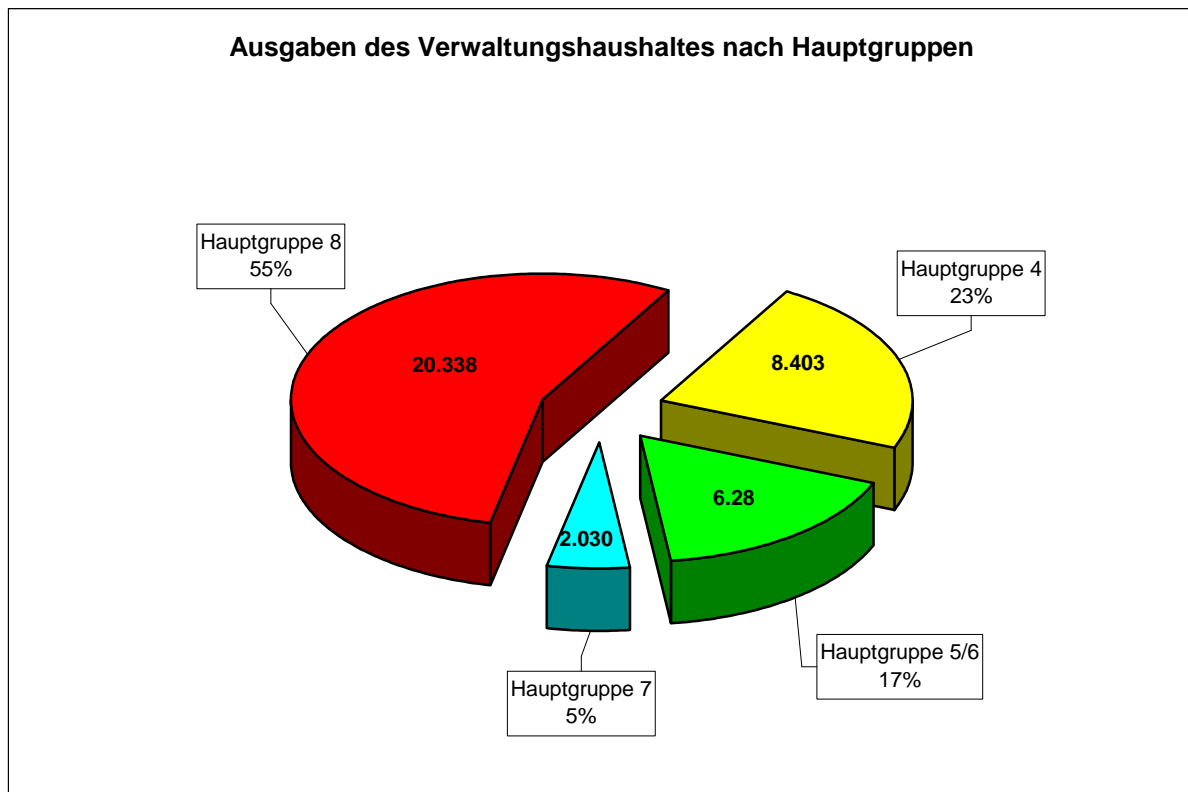
stehen bei der

Hauptgruppe 8 – sonstige Finanzausgaben – Minderausgaben von gegenüber.	rd.	300.000 €
---	-----	-----------

Obwohl allein die Kreisumlage um fast	820.000 €
steigt, sinkt der Ausgabebedarf der Hauptgruppe 8, weil für die Deckung der Fehlbeträge aus Vorjahren auf Grund der höheren Steuereinnahmen in 2007 um weniger benötigt werden.	rd. 1.240.000 €

Die veranschlagten Ausgaben des Verwaltungshaushaltes
in Höhe von
verteilen sich im einzelnen auf die vier Hauptgruppen:

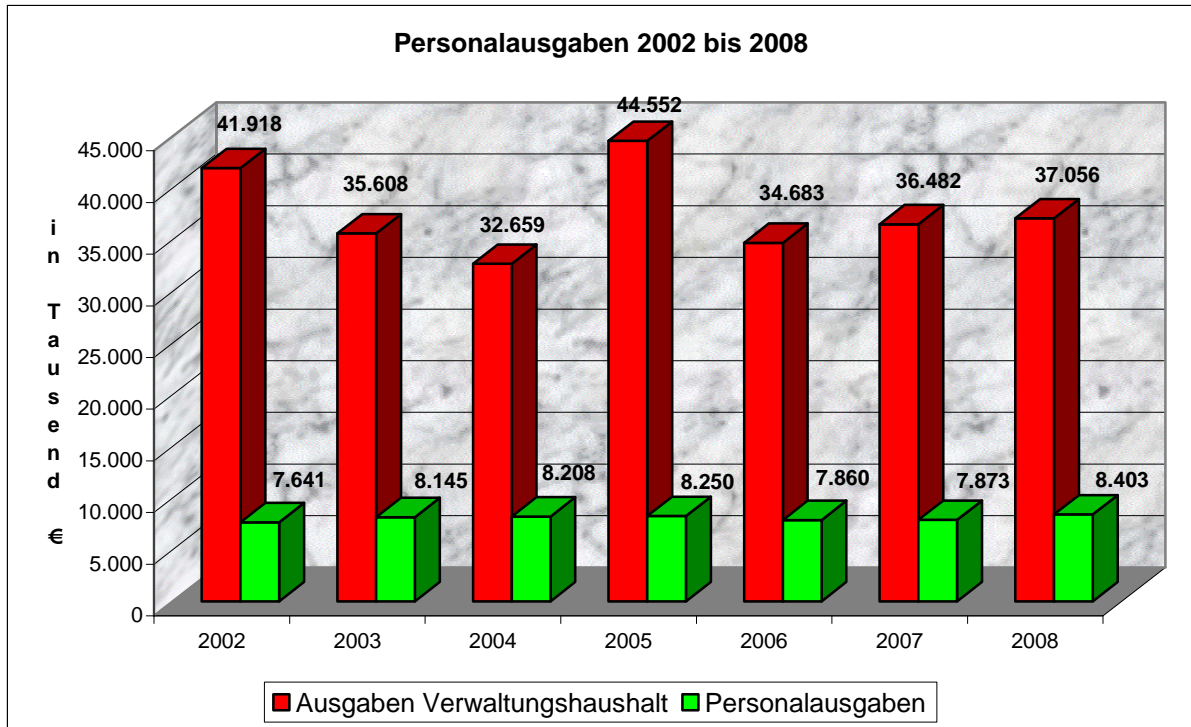
37.056.400 €



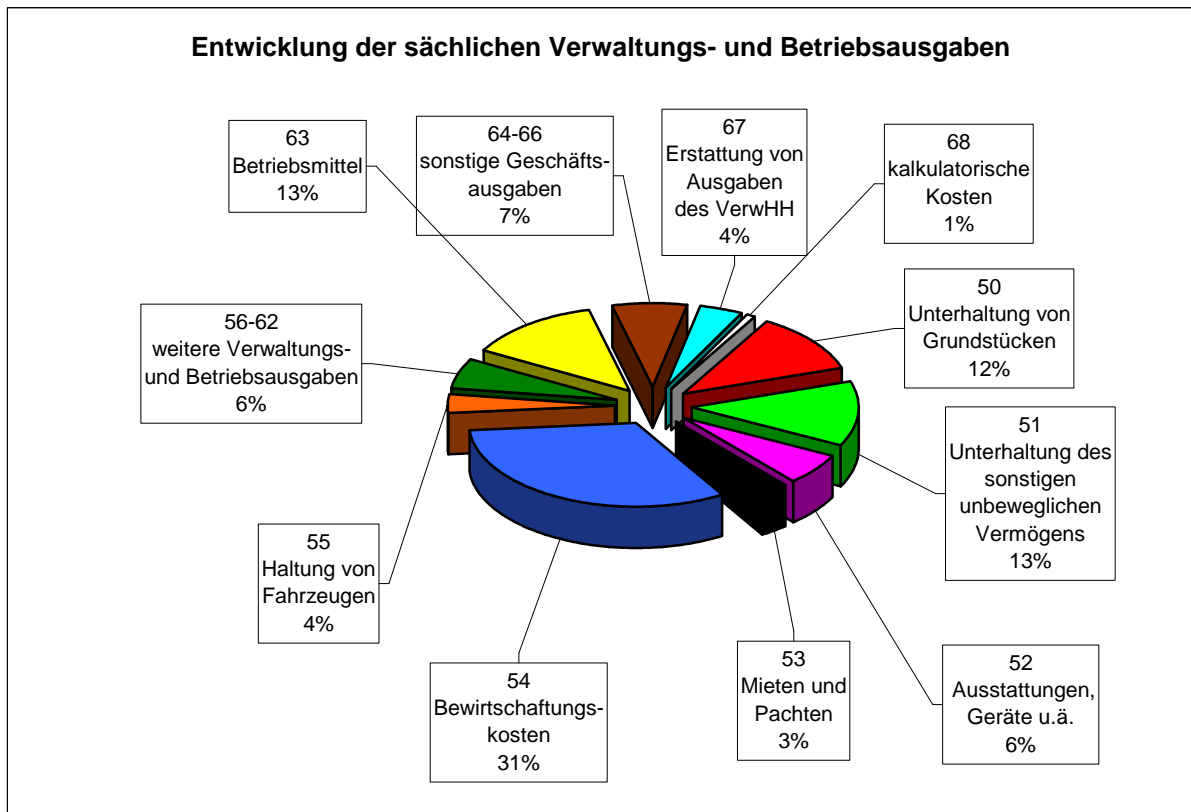
Die veranschlagten **Personalkosten** waren insbesondere zu erhöhen, wegen der ausstehenden Ergebnisse der laufenden Tarifgespräche. Wie die Einigung letztlich aussehen wird, lässt sich nicht vorhersagen. Vorsorglich wurde von einer Erhöhung um 3 % ausgegangen. Außerdem sind im Bereich der städtischen Kindertagesstätten und für die Überwachung der Verkehrssicherungspflicht – also für Pflichtaufgaben - zusätzliche Stellen erforderlich.

Aus dem nachstehenden Schaubild der Entwicklung der Personalkosten 2002 bis 2008 könnte geschlossen werden, dass eine enorme Aufstockung des Personals stattfand, denn die Personalkosten stiegen um rd. 10 % während die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes um rd. 11,5 % sanken.

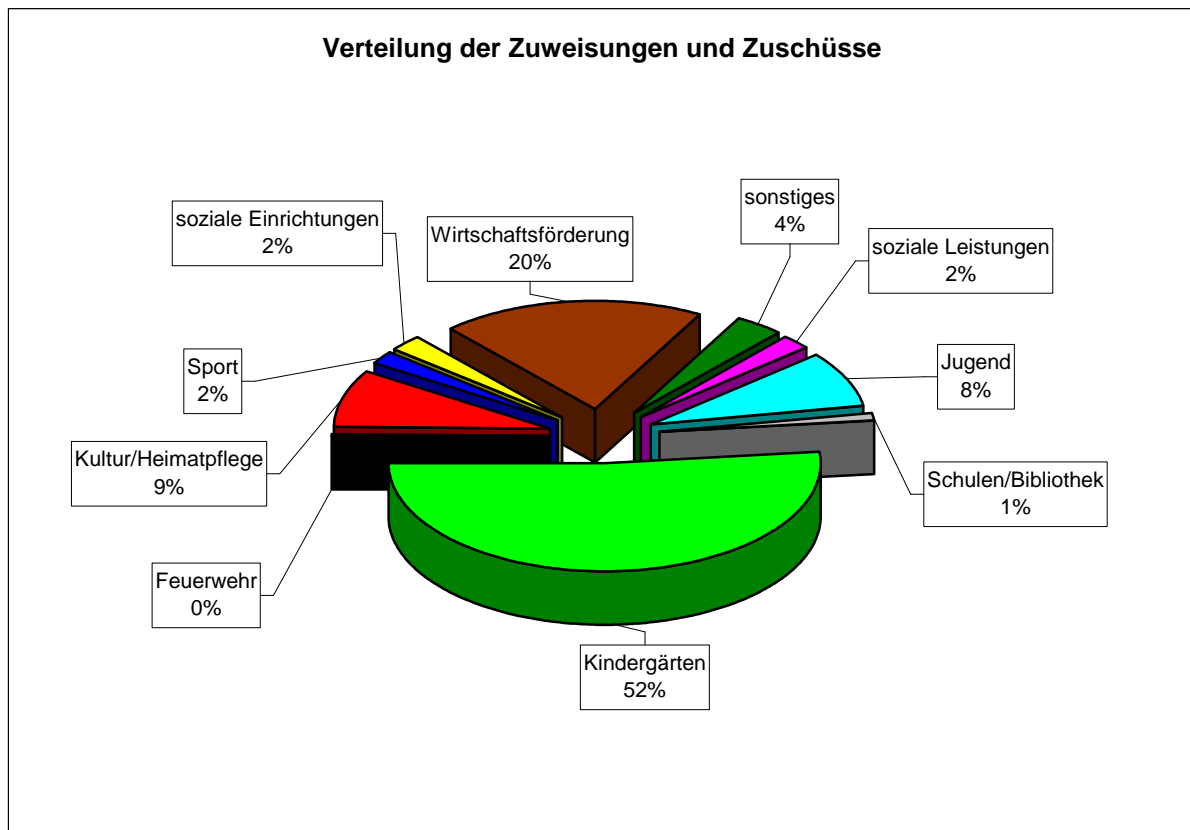
Eine solche Personalaufstockung gab es jedoch nicht. Vielmehr sanken die Ausgaben, weil nahezu der gesamte Bereich der sozialen Leistungen nach dem SGB II, der Grundsicherung usw. seit 2006 direkt über den Kreishaushalt zahlbar gemacht wird. Die Arbeiten werden aber weiterhin von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erledigt. Die dafür zu leistenden Personalausgaben sind unverändert in den Ansätzen der Hauptgruppe 4 enthalten. Würden auch die Zahlungen weiterhin über den städtischen Haushalt abgewickelt, läge die Erhöhung der Gesamtausgaben voraussichtlich annähernd in dem Bereich der Personalausgaben. Allein von 2002 bis 2005 betrug die Erhöhung der Gesamtausgaben über 6 %.



Die Steigerung der sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben ist überwiegend auf die gestiegenen Energiekosten (Heizung, Straßenbeleuchtung, Haltung von Fahrzeugen) und die Weiterleitung von Einnahmen an den Landkreis (Erstattung von sozialen Leistungen) zurückzuführen. Während die gestiegenen Energiekosten den städtischen Haushalt in voller Höhe belasten, stehen den Zahlungen an den Landkreis gleich hohe Einnahmen gegenüber.



Für **Zuweisungen und Zuschüsse** sind im Haushaltsplan Ausgaben in einer Gesamthöhe von rd. 2.030.000 € vorgesehen. Sie verteilen sich auf folgende Aufgabenbereiche:



In den Zuweisungen und Zuschüssen sind die Aufwendungen für die städtischen Kindergärten nicht enthalten. Rechnet man diese mit 765.000 € (nach Abzug der Einnahmen) hinzu, steigen die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse auf rd. 2.800.000 €. Der Anteil der Kindergärten beträgt dann 64 %.

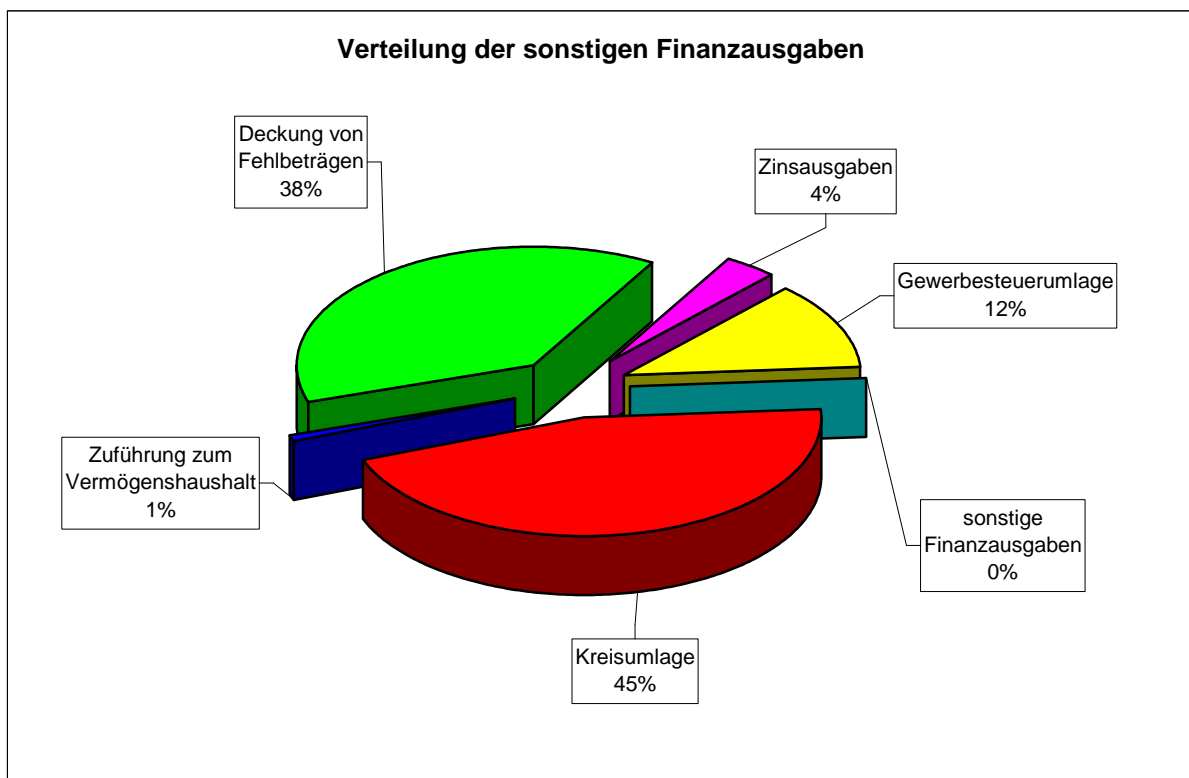
Den Hauptanteil an den **sonstigen Finanzausgaben** hatte in den letzten Jahren häufig der Ausgleich der Fehlbeträge aus Vorjahren. Das ist in diesem Haushalt anders. Den rd. 7.815.000 € steht ein Ansatz für die **Kreisumlage** von rd. 9.193.000 € gegenüber, also fast 1.400.000 € mehr.

Wie bereits ausgeführt, steigen die Ausgaben für die Kreisumlage um rd. 820.000 €. Die Ursache für diese Mehrkosten ist – wie ebenfalls bereits erläutert – die Einnahmeverbesserung des letzten Jahres. Da diese Steigerung systembedingt ist, kann seitens der Stadt nichts daran geändert werden. Zu einer finanziellen Entlastung käme es nur, wenn der Gesetzgeber das gesamte Finanzausgleichssystem änderte. Damit ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Eine andere Möglichkeit wäre, dass der Landkreis den Hebesatz der Kreisumlage senkt. Angesichts des immer noch defizitären Kreishaushaltes ist eine solche Entscheidung ebenfalls nicht zu erwarten.

Dabei könnte eine Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage durchaus mindestens diskussionsfähig sein, wenn man die Verbesserungen der Kreiseinnahmen aus Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage betrachtet. Die Ansätze dieser beiden wichtigsten Einnahmen des Landkreises sehen für 2008 insgesamt 82.148.300 € vor. Gegenüber dem Ergebnis 2006 sind das Mehreinnahmen von rd. 19.200.000 € oder 30,5 %. Gegenüber 2005 beträgt die Steigerung sogar fast 21.500.000 €, was mehr als 35 % entspricht. Die städtischen Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen stiegen in der gleichen Zeit lediglich um 21,7 % bzw. 26,2 %.

Die **Gewerbsteuerumlage** ist abhängig von den Steuereinnahmen. Zum Ausgleich von Einbußen der Kommunen auf Grund der Unternehmenssteuerreform wurde der Umlagesatz 2008 um 8 Punkte gesenkt. Da das Bundesfinanzministerium davon ausgeht, dass die Reform von 2009 an wieder zu höheren Gewerbesteuererinnahmen führt, wird die Senkung bis 2011 wieder um 4 Punkte zurückgenommen.

Bei den **Zinsausgaben** ist eine steigende Tendenz zu verzeichnen. Zum einen ist eine Neuverschuldung zur Finanzierung der Maßnahmen des Vermögenshaushaltes unumgänglich; zum anderen können steigende Zinsen zumindest nicht ausgeschlossen werden. Auch wenn die bestehenden Kredite für Investitionen mit langfristigen Zinsbindungen auf sehr niedrigem Niveau ausgestattet sind, schlagen steigende Zinsen bei der Neuaufnahme von Darlehen und den Kassenkrediten voll durch. Daher ist es erforderlich, die Fehlbeträge der Vorjahre weiter konsequent abzubauen, damit auf diese Weise Einsparmöglichkeiten im Verwaltungshaushalt genutzt werden.

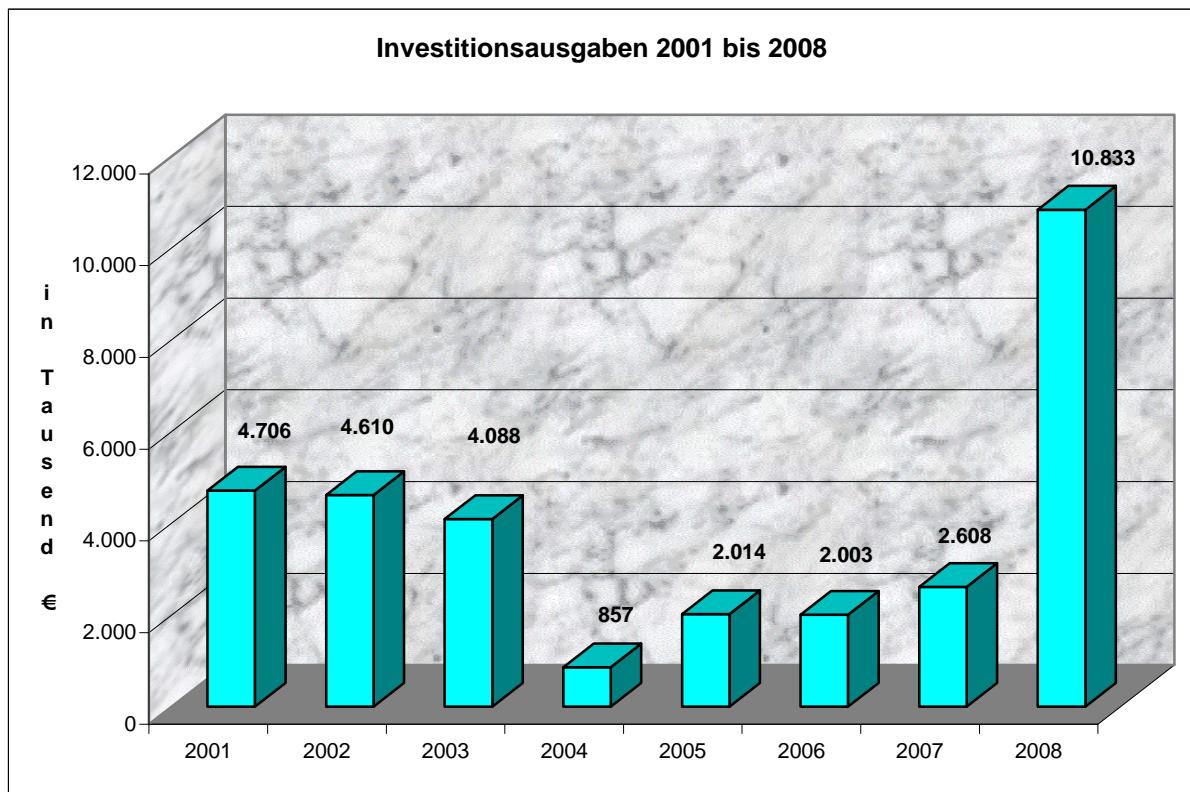


II. Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt 2008 sieht in Einnahmen und Ausgaben jeweils Ansätze von 10.985.900 € vor und ist damit ausgeglichen.

Nach Abzug der vorgesehenen Ausgaben für Tilgungen von 152.300 € bleiben somit vorgesehene Investitionsausgaben von 10.833.600 €. Das sind insgesamt nur rd. 1.600.000 €

weniger als die Gesamtausgaben für Investitionen der Jahre 2003 bis 2007.

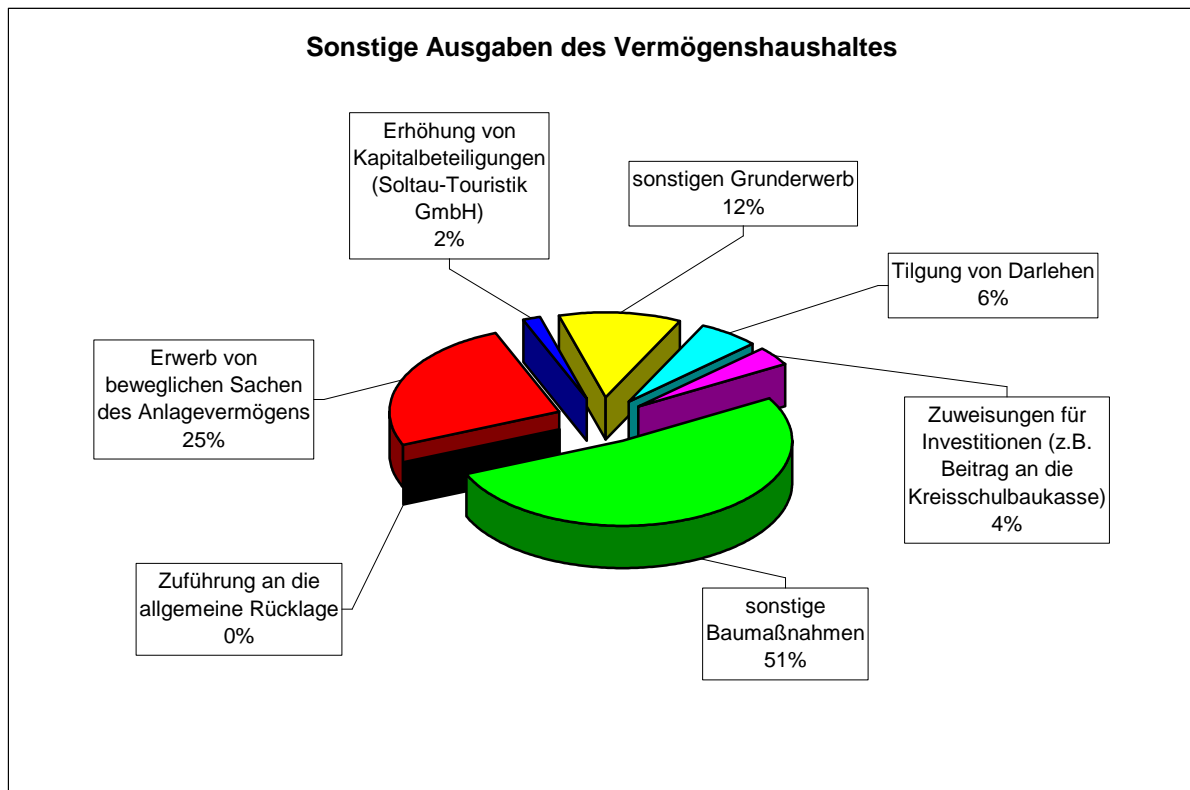


Von den geplanten Investitionsausgaben entfallen rd. 7.500.000 € oder fast 70 % auf die Erweiterung des **Gewerbe- und Industriegebietes Soltau-Ost III**. Die Erweiterung ist damit die beherrschende Maßnahme dieses Jahres.

Weitere knapp 900.000 € sind für Maßnahmen des „**Integrierten städtischen Entwicklungskonzeptes (ISEK)**“ vorgesehen. Diese Mittel werden wahrscheinlich nicht in voller Höhe benötigt, da bereits signalisiert wurde, dass lediglich ein Teil der gemeldeten Maßnahmen bezuschusst werden wird. Da derzeit aber noch nicht bekannt ist, wofür und in welcher Höhe Zuschüsse zu erwarten sind und welche Planungen somit verwirklicht werden können, sind die für 2008 geplanten Vorhaben noch vollständig veranschlagt.

Die übrigen Ausgaben des Vermögenshaushaltes verteilen sich auf:

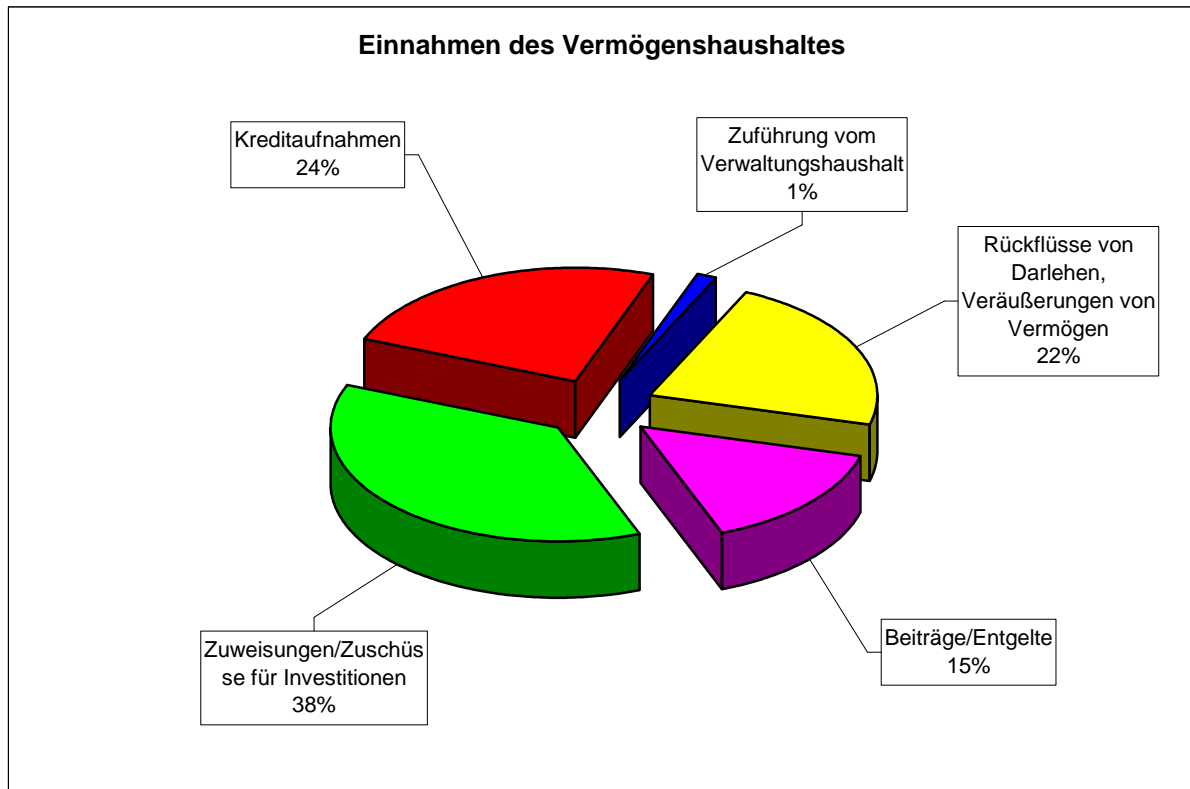
sonstige Baumaßnahmen mit	1.345.000 €,
den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens mit	648.300 €,
sonstigen Grunderwerb mit	301.000 €,
die Tilgung von Darlehen mit	152.300 €,
Zuweisungen für Investitionen (z.B. Beitrag an die Kreisschulbaukasse)	
mit	86.000 €,
die Erhöhung von Kapitalbeteiligungen (Soltau-Touristik GmbH) mit	46.500 €
und eine Zuführung an die allgemeine Rücklage mit	800 €.



Die wesentlichsten Positionen bei den sonstigen **Baumaßnahmen**, für die mehr als die Hälfte der verbleibenden sonstigen Ausgaben des Vermögenshaushaltes vorgesehen sind, sollen verwendet werden für:

Die Umgestaltung des Böhmewehres an der Ratsmühle mit	270.000 €,
verschiedene Straßen- und Wegebaumaßnahmen einschl.	
Straßenbeleuchtung mit	227.300 €,
die Sanierung der Lerchenstraße mit	160.000 €,
die Nachrüstung des Bahnüberganges Nottorfweg mit	130.000 €,
verschiedene Maßnahmen in der Hermann-Billing-Schule mit	122.000 €,
die Kostenbeteiligung an der BAB-Abfahrt Heideregion mit	115.000 €,
den Straßenentwässerungsanteil an der	
Niederschlagswasserbeseitigung mit	92.000 €,
Ausgleichsmaßnahmen mit	76.000 €,
Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit	51.000 €
und Umbaumaßnahmen in der Innenstadt mit	50.000 €
zusammen:	<u>1.032.200 €.</u>

Finanziert werden sollen die Ausgaben weitestgehend durch Einnahmen, die im Zusammenhang mit den Investitionen stehen. Da aber zur Zeit im erweiterten Gewerbe- und Industriegebiet Soltau-Ost III lediglich der Verkauf einer Teilfläche relativ sicher ist, ist für 2.680.200 € oder knapp 25 % der Ausgaben eine Finanzierung über Kredite vorgesehen. Da diese Kreditfinanzierung für die Zukunft weitere Einnahmen erwarten lässt, wird sie für vertretbar gehalten. Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes sollen wie folgt finanziert werden:

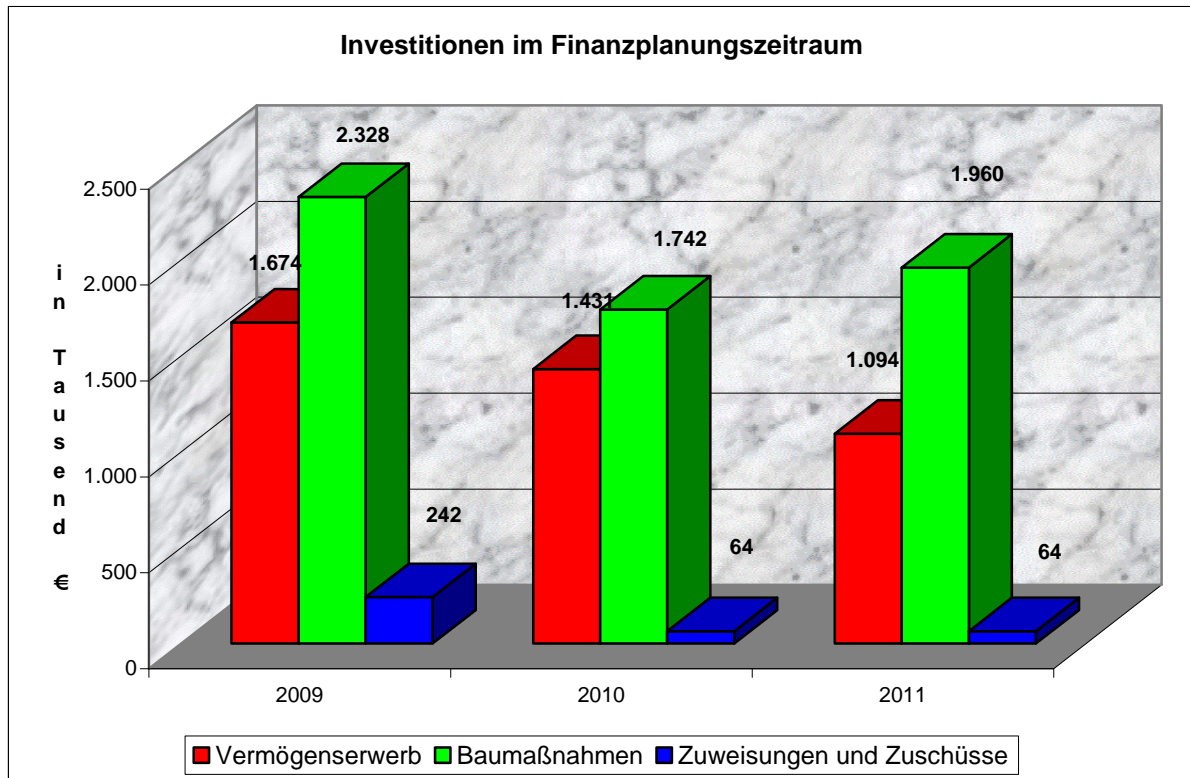


D: Finanzplanungszeitraum 2009 bis 2011

Den Verwaltungshaushalt beherrscht der weitere Abbau der bisher entstandenen Fehlbeträge als Schwerpunkt der Planungen. Dieser Abbau soll aber unverändert auf Steuererhöhungen verzichten und bestehende soziale Strukturen sowie die „weichen Standortfaktoren“ beibehalten, wenn möglich sogar noch verfestigen. In wie weit diese Ziele verwirklicht werden können oder wo Abstriche unabweisbar sein werden, hängt zu einem großen Teil von der weiteren Entwicklung in Deutschland ab.

Dem Finanzplan liegen – soweit Steuern und Umlagen betroffen sind – die Erwartungen der Orientierungsdaten, aufbauend auf dem Haushalt 2008 zugrunde. Nach den Berechnungen besteht die Hoffnung, dass die bis einschließlich 2007 entstandenen Fehlbeträge bis 2011 mehr als halbiert werden könnten. Da die Berechnungen zudem noch Kreditbelastungen aus dem ISEK enthalten, das in der bisher vorgesehenen Form nicht zu verwirklichen sein wird, und nur in sehr geringem Umfang Einnahmen aus der Veräußerung von städtischem Vermögen veranschlagt wurden, dürfte das Erreichen der Ziele nicht utopisch sein.

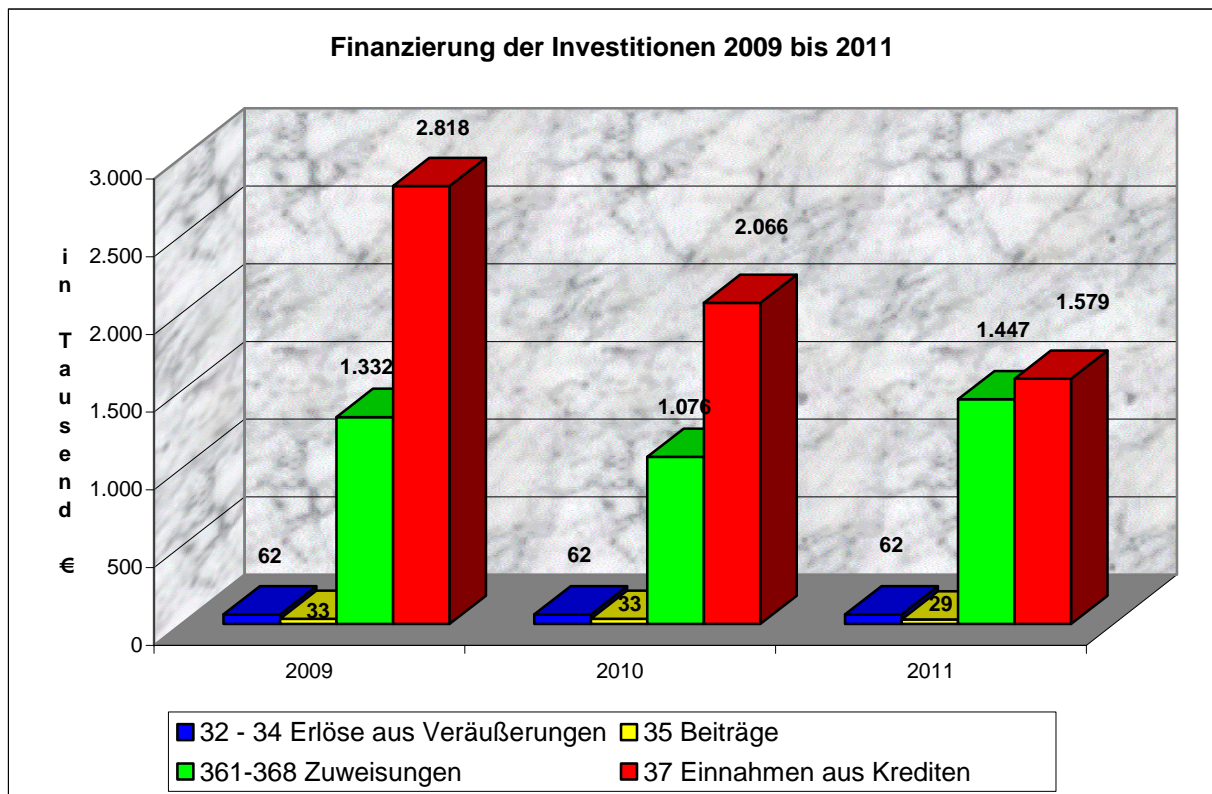
Im Vermögenshaushalt sieht die Finanzplanung – unter Berücksichtigung der ISEK-Maßnahmen – insgesamt Investitionen von rd. 10.599.000 € vor. Diese verteilen sich wie folgt:



Die vorgesehenen Maßnahmen verteilen sich auf:

ISEK-Maßnahmen mit	4.685.000 €,
Grunderwerb mit	1.800.000 €,
die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und –geräten mit	1.525.000 €,
die Beschaffung von Fahrzeugen für den Bauhof mit	635.000 €,
sonstige Baumaßnahmen mit	324.000 €,
die Beteiligung an der BAB-Abfahrt Heideregion mit	310.000 €,
Ausgleichsmaßnahmen für Soltau Ost III mit	240.000 €,
die Beschaffung von Arbeitsgeräten mit	239.000 €,
die Sanierung der Heizung in der Hermann-Billung-Schule mit	195.000 €,
Zuschüsse an die Kreisschulbaukasse mit	191.000 €
die Weiterleitung von Abwasserbeiträgen mit	179.000 €,
die Böhmerenernaturierung mit	153.000 €
und Straßenbeleuchtung mit	124.000 €
zusammen:	<u>10.598.900 €.</u>

Zur Finanzierung sieht der Finanzplan vor:



Wie bereits erläutert, enthält der Finanzplan noch die gesamten ISEK-Maßnahmen. Das gilt nicht nur für Kosten der jeweiligen Projekte sondern auch für ihre Finanzierung. Da nicht alles zu verwirklichen sein wird, werden sich bei den Zuweisungen und Zuschüssen sowie den Krediteinnahmen in den kommenden Haushalten noch deutliche Veränderungen ergeben.

Auch die Einnahmen aus Veräußerungen werden sich abweichend vom Finanzplan entwickeln, denn es sind lediglich durchschnittliche Erfahrungssätze kalkuliert. So fehlen beispielsweise Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken im Bereich Soltau-Ost III völlig. Da hier aber noch keine konkreten Angaben möglich sind, wäre jeder Ansatz reine Spekulation und würde damit gegen die Haushaltsgrundsätze verstoßen.

E: Schlussbemerkungen

Die Finanzkraft hat im letzten Jahr erheblich zugenommen. Auch für 2008 und den Finanzplanungszeitraum bis 2011 wird eine weitere Verbesserung erwartet, so dass ein deutlicher Abbau der bestehenden Fehlbeträge aus Vorjahren möglich sein sollte.

Der Vermögenshaushalt 2008 ist den wirtschaftlichen Erfordernissen angepasst und gibt Raum für Investitionen, die der mittelständischen Wirtschaft zugute kommen.

Insgesamt schafft der Haushalt 2008 eine Basis für weitere gute Perspektiven und für Wachstum in unserer Stadt.